

Künstler: Das Bundesfinanzministerium hat sich in einem Schreiben hinsichtlich unbeschränkt steuerpflichtiger Künstler und verwandter Berufe zur Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und nichtselbständiger Arbeit sowie zum Steuerabzug bei Annahme einer nichtselbständigen Arbeit geäußert (6 Seiten). - Verw.; BStBl 1990 I S. 638; SIS 90 24 27-K

Fundstelle 1 von 1:

Wiederholungshonorare siehe [SIS 97 18 02](#)

BMF 5.10.1990, IV B 6 - S 2332 - 73/90

Künstler

SIS 90 24 27

BStBl 1990 I S. 638

Zitiert in ... / geändert durch ... (10 Dokumente)

Steuerabzug vom Arbeitslohn bei unbeschränkt einkommensteuer-(lohnsteuer-)pflichtigen Künstlern und verwandten Berufen

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterung mit den obersten Finanzbehörden der Länder gilt bei Künstlern und verwandten Berufen, soweit sie eine unmittelbare Vertragsbeziehung zum Arbeitgeber/Auftraggeber begründen, zur Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und nichtselbständiger Arbeit sowie für den Steuerabzug bei Annahme einer nichtselbständigen Arbeit folgendes:

1. Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und nichtselbständiger Arbeit

Für die Annahme einer nichtselbständigen Arbeit sind die in § 1 LStDV aufgestellten Merkmale maßgebend. Danach liegt eine nichtselbständige Arbeit vor, wenn die tätige Person in der Betätigung ihres geschäftlichen Willens unter der Leitung eines Arbeitgebers steht oder in den geschäftlichen Organismus des Arbeitgebers eingegliedert und dessen Weisungen zu folgen verpflichtet ist. Dagegen ist nicht Arbeitnehmer, wer Lieferungen und sonstige Leistungen innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen und beruflichen Tätigkeit im Inland gegen Entgelt ausführt, soweit es sich um die Entgelte für diese Lieferungen und sonstigen Leistungen handelt. Im übrigen kommt es bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und nichtselbständiger Arbeit nicht so sehr auf die formelle vertragliche Gestaltung, z.B. auf die Bezeichnung als freies Mitarbeiterverhältnis, als vielmehr auf die Durchführung der getroffenen Vereinbarung an (BFH-Urteil vom 29.9.1967, BStBl 1968 II S. 84 = [SIS 68 00 59](#)). Dies führt bei künstlerischen und verwandten Berufen im allgemeinen zu folgenden Ergebnissen:

1.1 Tätigkeit bei Theaterunternehmen

1.1.1 Spielzeitverpflichtete Künstler

Künstler und Angehörige von verwandten Berufen, die auf Spielzeit- oder Teilspielzeitvertrag angestellt sind, sind in den Theaterbetrieb eingegliedert und damit nichtselbständig. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Künstler gleichzeitig eine Gastspielverpflichtung bei einem anderen Unternehmen eingegangen ist.

1.1.2 Gastspielverpflichtete Künstler

Bei gastspielverpflichteten Künstlern und Angehörigen von verwandten Berufen erstreckt sich der Vertrag in der Regel auf eine bestimmte Anzahl von Aufführungen.

Für die Annahme einer nichtselbständigen Tätigkeit kommt es darauf an, ob das Gastspieltheater während der Dauer des Vertrages im wesentlichen über die Arbeitskraft des Gastkünstlers verfügt (BFH-Urteil vom 24.5.1973, BStBl 1973 II S. 636 = [SIS 73 03 35](#)). Dies hängt von dem Maß der Einbindung in den Theaterbetrieb (nicht in das Ensemble) ab. Ob ein Künstler allein (Solokünstler) oder in einer Gruppe (z. B. Chor) auftritt und welchen künstlerischen Rang er hat, spielt für die Abgrenzung keine entscheidende Rolle. Auch kommt es nicht darauf an, wie das für die Veranlagung des Künstlers zuständige Finanzamt eine vergleichbare Tätigkeit des Künstlers bei Hörfunk und Fernsehen bewertet und ob es hierfür eine entsprechende Bescheinigung erteilt hat. Im einzelnen gilt deshalb:

Gastspielverpflichtete Regisseure, Choreographen, Bühnenbildner und Kostümbildner sind selbständig. Gastspielverpflichtete Dirigenten üben dagegen eine nichtselbständige Tätigkeit aus; sie sind ausnahmsweise selbständig, wenn sie nur für kurze Zeit einspringen.

Gastspielverpflichtete Schauspieler, Sänger, Tänzer und andere Künstler sind in den Theaterbetrieb eingegliedert und deshalb nichtselbständig wenn sie eine Rolle in einer Aufführung übernehmen und gleichzeitig eine Probenverpflichtung zur Einarbeitung in die Rolle oder eine künstlerische Konzeption eingehen. Stell- oder Verständigungsproben reichen nicht aus. Voraussetzung ist außerdem, daß die Probenverpflichtung tatsächlich erfüllt wird. Die Zahl der Aufführungen ist nicht entscheidend.

Aushilfen für Chor und Orchester sind selbständig, wenn sie nur für kurze Zeit einspringen.

Gastspielverpflichtete Künstler einschließlich der Instrumentalsolisten sind selbständig, wenn sie an einer konzertanten Operaufführung, einem Oratorium, Liederabend oder dergleichen mitwirken.

1.2 Tätigkeit bei Kulturorchestern

Sämtliche gastspielverpflichteten (vgl. Tz. 1.1.2 Abs. 1) Künstler, z.B. Dirigenten, Vokal- und Instrumentalsolisten, sind stets und ohne Rücksicht auf die Art und Anzahl der Aufführungen selbständig. Orchesteraushilfen sind ebenfalls selbständig, wenn sie nur für kurze Zeit einspringen.

1.3 Tätigkeit bei Hörfunk und Fernsehen Für die neben dem ständigen Personal beschäftigten Künstler und Angehörigen von verwandten Berufen, die in der Regel auf Grund von Honorarverträgen tätig werden und im allgemeinen als freie Mitarbeiter bezeichnet werden, gilt vorbehaltlich der Tz. 1.4 folgendes:

1.3.1 Die freien Mitarbeiter sind grundsätzlich nichtselbständig.

1.3.2 Im allgemeinen sind nur die folgenden Gruppen von freien Mitarbeitern selbständig, soweit sie nur für einzelne Produktionen (z. B. ein Fernsehspiel, eine Unterhaltungssendung oder einen aktuellen Beitrag) tätig werden („Negativkatalog“):

Architekten

Arrangeure

Artisten (Die als Gast außerhalb eines Ensembles oder einer Gruppe eine Sololeistung erbringen.)

Autoren

Berichterstatter

Bildhauer

Bühnenbildner

Choreographen

Chorleiter (Soweit sie als Gast mitwirken oder Träger des Chores/Klangkörpers oder Arbeitgeber der Mitglieder des Chores/Klangkörpers sind.)

Darsteller (Die als Gast in einer Sendung mit Live-Charakter mitwirken.)

Dirigenten (Soweit sie als Gast mitwirken oder Träger des Chores/Klangkörpers oder Arbeitgeber der Mitglieder des Chores/Klangkörpers sind.)

Diskussionsleiter

Dolmetscher

Fachberater

Fotografen

Gesprächsteilnehmer

Grafiker

Interviewpartner

Journalisten

Kommentatoren

Komponisten

Korrespondenten

Kostümbildner

Kunstmaler
Lektoren
Moderatoren (Wenn der eigenschöpferische Teil der Leistung überwiegt)

musikalische Leiter (Soweit sie als Gast mitwirken oder Träger des Chores/Klangkörpers oder Arbeitgeber der Mitglieder des Chores/Klangkörpers sind.)

Quizmaster

Realisatoren (Wenn der eigenschöpferische Teil der Leistung überwiegt)

Regisseure

Solisten (Gesang, Musik, Tanz) (Die als Gast außerhalb eines Ensembles oder einer Gruppe eine Sololeistung erbringen.)

Schriftsteller

Übersetzer

1.3.3 Eine von vornherein auf Dauer angelegte Tätigkeit eines freien Mitarbeiters ist nichtselbständig, auch wenn für sie mehrere Honorarverträge abgeschlossen werden.

Beispiele:

a) Ein Journalist reist in das Land X, um in mehreren Beiträgen über kulturelle Ereignisse zu berichten. Eine Rundfunkanstalt verpflichtet sich vor Reiseantritt, diese Beiträge abzunehmen.

Die Tätigkeit ist nichtselbständig weil sie von vornherein auf Dauer angelegt ist und die Berichte auf Grund einer vorher eingegangenen Gesamtverpflichtung geliefert werden. Dies gilt auch, wenn diese Beiträge einzeln abgerechnet werden.

b) Ein Journalist wird von einer Rundfunkanstalt für kulturpolitische Sendungen um Beiträge gebeten. Die Beiträge liefert er auf Grund von jeweils einzeln abgeschlossenen Vereinbarungen.

Die Tätigkeit ist selbständig, weil sie nicht von vornherein auf Dauer angelegt ist.

1.3.4 Wird der freie Mitarbeiter für denselben Auftraggeber in mehreren zusammenhängenden Leistungsbereichen tätig, von denen der eine als selbständig und der andere als nichtselbständig zu beurteilen ist, ist die gesamte Tätigkeit einheitlich als selbständige oder als nichtselbständige Tätigkeit zu behandeln. Die Einordnung dieser Mischttätigkeit richtet sich nach der überwiegenden Tätigkeit, die sich aus dem Gesamterscheinungsbild ergibt. Für die Frage des Überwiegens kann auch auf die Höhe des aufgeteilten Honorars abgestellt werden.

1.3.5 Übernimmt ein nichtselbständiger Mitarbeiter für seinen Arbeitgeber zusätzliche Aufgaben, die nicht zu den Nebenpflichten aus seiner Haupttätigkeit gehören, so ist nach den allgemeinen Abgrenzungskriterien zu prüfen, ob die Nebentätigkeit selbständig oder nichtselbständig ausgeübt wird (siehe Abschn. 68 LStR und BFH-Urteil vom 25.11.1971 - BStBl 1972 II S. 212 = SIS 72 01 27).

1.3.6 Gehört ein freier Mitarbeiter nicht zu einer der im Negativkatalog (Tz. 1.3.2) genannten Berufsgruppen, so kann auf Grund besonderer Verhältnisse des Einzelfalls die Tätigkeit gleichwohl selbständig sein. Das Wohnsitzfinanzamt erteilt dem Steuerpflichtigen nach eingehender Prüfung ggf. eine Bescheinigung nach beiliegendem Muster. Die Bescheinigung bezieht sich auf die Tätigkeit des freien Mitarbeiters für einen bestimmten Auftraggeber. Das Finanzamt hat seine Entscheidung grundsätzlich mit dem Betriebsstättenfinanzamt des Auftraggebers abzustimmen.

1.3.7 Gehört ein freier Mitarbeiter zu einer der in Tz. 1.3.2 genannten Berufsgruppen, so kann er auf Grund besonderer Verhältnisse des Einzelfalls gleichwohl nichtselbständig sein.

1.3.8 Aushilfen für Chor und Orchester sind selbständig, wenn sie nur für kurze Zeit einspringen.

1.4 Tätigkeit bei Film- und Fernsehfilmproduzenten (Eigen- und Auftragsproduktion) einschl. Synchronisierung

Filmautoren, Filmkomponisten und Fachberater sind im allgemeinen nicht in den Organismus des Unternehmens eingegliedert, so daß ihre Tätigkeit in der Regel selbständig ist. Schauspieler, Regisseure, Kameraleute, Regieassistenten und sonstige Mitarbeiter in der Film- und Fernsehfilmproduktion sind dagegen im allgemeinen nichtselbständig (BFH-Urteil vom 6.10.1971, BStBl 1972 II S. 88 = SIS 72 00 53). Das gilt auch für Mitarbeiter bei der Herstellung von Werbefilmen.

Synchronsprecher sind in der Regel selbständig (BFH-Urteil vom 12.10.1978, BStBl 1981 II S. 706 = SIS 81 22 26). Das gilt nicht nur für Lippsynchronsprecher, sondern auch für Synchronsprecher für besondere Filme (z. B. Kultur-, Lehr- und Werbefilme), bei denen der in eine andere Sprache zu übertragende Begleittext zu sprechen ist. Diese Grundsätze gelten für Synchronregisseure entsprechend.

1.5 Wiederholungshonorare

Wiederholungshonorare sind der Einkunftsart zuzuordnen, zu welcher das Ersthonorar gehört hat. Dies gilt auch dann, wenn das Wiederholungshonorar nicht vom Schuldner des Ersthonorars gezahlt wird. Ist das Ersthonorar im Rahmen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit zugeflossen und wird das Wiederholungshonorar durch einen Dritten gezahlt, so ist ein Lohnsteuerabzug nicht vorzunehmen.

2 Steuerabzug vom Arbeitslohn

2.1 Bei Annahme einer nichtselbständigen Tätigkeit ist der Arbeitgeber zur Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer verpflichtet. Die Höhe der einzubehaltenden Lohnsteuer richtet sich dabei nach der für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum maßgebenden Lohnsteuertabelle.

2.2 Bei täglicher Zahlung des Honorars ist grundsätzlich die Lohnsteuertabelle für tägliche Lohnzahlungen anzuwenden. Stellt sich die tägliche Lohnzahlung lediglich als Abschlagszahlung auf ein für einen längeren Lohnabrechnungszeitraum vereinbartes Honorar dar, so ist der Lohnabrechnungszeitraum als Lohnzahlungszeitraum zu betrachten (§ 39 b Abs. 5 EStG). Können die Honorare nicht als Abschlagszahlungen angesehen werden, bestehen keine Bedenken, wenn eines der folgenden Verfahren angewendet wird:

2.2.1 Erweiterter Lohnzahlungszeitraum

Der Lohnzahlungszeitraum wird auf die vor der tatsächlichen Beschäftigung liegende Zeit ausgedehnt, soweit dieser Zeitraum nach der auf der Lohnsteuerkarte vermerkten Lohnsteuerbescheinigung nicht schon belegt ist. Dabei gilt jedoch die Einschränkung, daß für je zwei Tage der tatsächlichen Beschäftigung nur eine Woche, insgesamt jedoch höchstens ein Monat bescheinigt werden kann.

Beispiel:

a) Beschäftigung vom 26. bis 31. März (6 Tage). Letzte Eintragung auf der Lohnsteuerkarte 2. bis 5. März. Für 6 Tage Beschäftigung Eintragung von 3 Wochen = 21 Tage. Es kommt demnach ein erweiterter Lohnzahlungszeitraum für die Zeit vom 11. bis 31. März (21 Tage) in Betracht.

Würde sich im vorstehenden Beispiel die letzte Eintragung auf der Lohnsteuerkarte statt auf die Zeit vom 2. bis 5. März auf die Zeit vom 15. bis 18. März erstrecken, dann käme als erweiterter Lohnzahlungszeitraum nur die Zeit vom 19. bis 31. März in Betracht.

b) Beschäftigung vom 10. bis 19. März (10 Tage). Letzte Eintragung auf der Lohnsteuerkarte vom 2. bis 7. Februar. Für 10 Tage Beschäftigung Eintragung von 5 Wochen, höchstens jedoch ein Monat. Es kommt demnach ein erweiterter Lohnzahlungszeitraum für die Zeit vom 20. Februar bis 19. März in Betracht.

Würde im vorstehenden Beispiel die Beschäftigung statt vom 10. bis 19. März vom 10. März bis 15. April, also mindestens einen Monat dauern, so kommt die Anwendung des erweiterten Lohnzahlungszeitraums nicht in Betracht.

Ist die Zahl der tatsächlichen Beschäftigungstage nicht durch zwei teilbar und verbleibt demnach ein Rest von einem Tag oder beträgt die tatsächliche Beschäftigungsdauer nur einen Tag, so kann hierfür - im Rahmen des Höchstzeitraums von einem Monat - ebenfalls eine Woche bescheinigt werden.

Beispiel:

Beschäftigung vom 10. bis 12. März (3 Tage). Letzte Eintragung auf der Lohnsteuerkarte 2. bis 7. Februar. Für 3 Tage Beschäftigung Eintragung von 2 Wochen = 14 Tage. Es kommt demnach ein erweiterter Lohnzahlungszeitraum für die Zeit vom 27. Februar bis 12. März (14 Tage) in Betracht.

Würde im vorstehenden Beispiel die Beschäftigung statt vom 10. bis 12. März vom 10. bis 18. März dauern, so würden nach dieser Berechnung zwar 5 Wochen in Betracht kommen. Es kann aber nur höchstens ein Monat als Lohnzahlungszeitraum angesetzt werden, also die Zeit vom 19. Februar bis 18. März.

Bei Eintragung voller Wochen ist die Wochentabelle auf jeweils das auf die Anzahl der Wochen aufgeteilte Honorar, bei Eintragung eines Monats die Monatstabelle anzuwenden.

Beispiel:

Das Honorar für eine Beschäftigung von 5 Tagen beträgt 900 DM. Bei einem erweiterten Lohnzahlungszeitraum von 3 Wochen ist die Wochentabelle jeweils auf ein Drittel des Honorars = 300 DM anzuwenden.

Der Arbeitgeber hat in der Lohnsteuerbescheinigung in die zu bescheinigende Dauer des Dienstverhältnisses auch die Tage einzubeziehen, um die nach vorstehenden Verfahren Lohnzahlungszeiträume erweitert worden sind. Im Lohnkonto hat der Arbeitgeber neben den sonstigen Angaben, zu denen er verpflichtet ist, den Zeitraum der tatsächlichen Beschäftigung, den nach vorstehendem Verfahren erweiterten Lohnzahlungszeitraum sowie den auf der Lohnsteuerkarte vermerkten vorangegangenen Beschäftigungszeitraum sowie Name und Anschrift des früheren Arbeitgebers einzutragen.

Hündigt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte vorübergehend aus (§ 39 b Abs. 1 Satz 3 EStG), so hat er zuvor auf der Rückseite der Lohnsteuerkarte bereits die für eine spätere Lohnsteuerbescheinigung vorgesehene letzte Spalte (Anschrift und Steuer-Nr. des Arbeitgebers, ggf. Firmenstempel, mit Unterschrift) auszufüllen. Ein anderer Arbeitgeber, dem eine derart gekennzeichnete Lohnsteuerkarte vorgelegt wird, darf diese nicht seiner Lohnsteuerberechnung zugrunde legen; er hat vielmehr der Berechnung der Lohnsteuerbeträge die tatsächliche Zahl der Arbeitstage nach § 39 b Abs. 4 EStG zugrunde zu legen und die Lohnsteuer nach § 39 c Abs. 1 EStG zu errechnen.

2.2.2 Verlängerung des Lohnzahlungszeitraums auf einen Monat

Der Arbeitgeber vereinbart mit dem Arbeitnehmer, daß für das in einem Monat anfallende Honorar der Monat als Lohnzahlungszeitraum angesehen wird und die Zahlungen zunächst als Abschlag behandelt werden. Die in dem Monat gezahlten Abschläge werden innerhalb von drei Wochen nach Ablauf des Monats als Monatshonorare abgerechnet. Die Lohnsteuer wird dem Lohnzahlungszeitraum entsprechend nach der Monatstabelle einbehalten. Auf den Zeitpunkt der Leistung des Arbeitnehmers und die Dauer seiner Beschäftigung wird dabei nicht besonders abgestellt.

Dem Lohnsteuerabzug wird die dem Arbeitgeber vorgelegte Lohnsteuerkarte zugrunde gelegt. Voraussetzung für die Anwendung dieses Verfahrens ist, daß die für den Lohnsteuerabzug maßgebende Lohnsteuerkarte für den betreffenden Monat noch keine Eintragung enthält und mindestens für den Monat, in dem das Honorar anfällt, beim Arbeitgeber verbleibt.

Vor der Aushändigung der Lohnsteuerkarte wird die Lohnsteuerbescheinigung (§ 41 b Abs. 1 EStG) eingetragen. Diese ist dem Lohnabrechnungszeitraum entsprechend jeweils für abgeschlossene Kalendermonate zu erteilen. Als Dauer des Dienstverhältnisses wird der Zeitraum eingetragen, in dem die Lohnsteuerkarte dem Arbeitgeber vorgelegen hat

Verlangt ein Arbeitnehmer schon im Laufe des Kalenderjahrs die Aushändigung der Lohnsteuerkarte, weil er nicht mehr für den Arbeitgeber tätig ist oder einen Steuerkartenwechsel (z. B. wegen Verlagerung seiner Haupteinkunftsquelle zu einem anderen Arbeitgeber; vgl. Abschn. 114 Abs. 3 Satz 1 LStR) vornehmen will, wird diese Lohnsteuerkarte noch bis zum Ende des laufenden Lohnabrechnungszeitraums dem Steuerabzug zugrunde gelegt. Kann die Lohnsteuerkarte nach Ablauf des Lohnabrechnungszeitraums infolge einer maschinellen Lohnabrechnung nicht sofort ausgehändigt werden, erhält der neue Arbeitgeber unmittelbar oder über den Arbeitnehmer eine vorläufige Bescheinigung - Zwischenbescheinigung - (§ 41 b Abs. 1 Satz 6 EStG), so daß er ab Beginn des neuen Lohnabrechnungszeitraums (z. B. Monat) die sich daraus ergebende Steuerklasse anwenden kann.

Auf die bei Abschluß des Lohnsteuerabzugs nach § 41 b Abs. 1 EStG auszuschreibende Bescheinigung

wird besonders hingewiesen.

Enthält die Lohnsteuerkarte für einen Teil des Monats bereits eine Eintragung oder händigt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte vor Ablauf des Monats aus, in dem das Honorar anfällt, so ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn für diesen Monat nach den allgemeinen Vorschriften oder nach dem in der nachfolgenden Tz. 2.2.3 zugelassenen Verfahren vorzunehmen. Bei Aushändigung der Lohnsteuerkarte im Laufe des Monats, in dem das Honorar anfällt, ist § 41 c EStG zu beachten.

Sofern dem Arbeitgeber eine Lohnsteuerkarte nicht vorliegt, wird nach § 39 c Abs. 1 und 2 EStG. verfahren.

2.2.3 Permanente Monatsabrechnung

Liegen die Voraussetzungen der Tz. 2.2.2 vor, so kann der Steuerabzug vom Arbeitslohn für die während eines Monats anfallenden Lohnzahlungen nach der Monatstabelle auch in der Weise vorgenommen werden, daß die früheren Lohnzahlungen desselben Monats mit in die Steuerberechnung für den betreffenden Monat einbezogen werden. Dieses Verfahren kann grundsätzlich unabhängig von der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Steuerklasse angewendet werden. Es gilt also auch bei Vorlage einer Lohnsteuerkarte mit der Steuerklasse VI, nicht hingegen, wenn wegen fehlender Lohnsteuerkarte der Steuerabzug nach der Steuerklasse VI vorzunehmen ist. Die mehrmalige Anwendung der Monatstabelle innerhalb eines Monats ohne Einbeziehung früherer Zahlungen desselben Monats ist auf keinen Fall zulässig.

Beispiel:

Ein Arbeitnehmer, der dem Arbeitgeber eine Lohnsteuerkarte mit der Steuerklasse I vorgelegt hat, erhält am 8.8.1990 für eine eintägige Beschäftigung 400 DM. Die Lohnsteuer hierauf beträgt nach der Monatstabelle 0,- DM.

(Wenn der Arbeitnehmer eine Lohnsteuerkarte mit der Steuerklasse VI vorgelegt hat, beträgt die Lohnsteuer nach der Monatstabelle 75,16 DM.) Erhält der Arbeitnehmer im August 1990 von diesem Arbeitgeber keine weiteren Lohnzahlungen, so beträgt die Lohnsteuer für die am 8.8.1990 gezahlte Vergütung in Höhe von 400 DM nach Steuerklasse I 0,- DM. Erhält der Arbeitnehmer am 13.8.1990 und am 27.8.1990 vom selben Arbeitgeber nochmals jeweils 500 DM, so berechnet der Arbeitgeber die Lohnsteuer für diese Lohnzahlungen wie folgt (in der 2. Spalte ist vergleichsweise die Steuerberechnung bei Vorlage einer Lohnsteuerkarte mit der Steuerklasse VI aufgeführt):

a) Lohnzahlung am 13.8.1990:		Steuerklasse I	Steuerklasse VI
Bis 13.8.1990 bereits gezahlter Arbeitslohn	400 DM		
zuzüglich für den 13.8.1990 zu zahlender Arbeitslohn	<u>500 DM</u>		
insgesamt	900 DM		
Lohnsteuer hierauf nach der Monatstabelle abzüglich:		17,08 DM	177,33 DM
Lohnsteuer, die vom bereits gezahlten Arbeitslohn einbehalten wurde		<u>0,00 DM</u>	<u>75,16 DM</u>
Für die Lohnzahlung am 13. August 1990 einzubehaltende Lohnsteuer		17,08 DM	102,17 DM
b) Lohnzahlung am 27.8.1990:		Steuerklasse I	Steuerklasse VI
Bis 27.8.1990 bereits gezahlter Arbeitslohn	900 DM		
zuzüglich für den 27.8.1990 zu zahlender Arbeitslohn	<u>500 DM</u>		
insgesamt	1.400 DM		
Lohnsteuer hierauf nach der Monatstabelle		97,33 DM	303,00 DM

abzüglich:

Lohnsteuer, die vom bereits gezahlten Arbeitslohn einbehalten wurde 17,08 DM 177,33 DM

Für die Lohnzahlung am 27.8.1990 einzubehaltende Lohnsteuer 80,25 DM 125,67 DM

Hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber keine Lohnsteuerkarte vorgelegt, so ist für die am 8., 13. und 27. August gezahlten Beträge die Lohnsteuer jeweils nach der Tagestabelle zu ermitteln.

2.2.4 Permanenter Lohnsteuer-Jahresausgleich

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn kann unter den in § 39 b Abs. 2 Satz 7 EStG bzw. in Abschn. 121 Abs. 2 LStR genannten Voraussetzungen auch nach dem voraussichtlichen Jahresarbeitslohn unter Anwendung der Jahreslohnsteuertabelle unabhängig davon vorgenommen werden, welche Steuerklasse auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers eingetragen ist.

Dieses Schreiben tritt an die Stelle der BMF-Schreiben vom 27.6.1975, IV B 6 - S 2365 - 8/75 (BStBl 1975 I S. 923), vom 20.7.1976, IV B 6 - S 2367 - 22/76, vom 22.6.1977, IV B 6 - S 2367 - 10/77 und vom 23.9.1981, IV B 6 - S 2367 - 13/81 (SIS 81 22 57).

Anlage

Finanzamt

Steuernummer

Bescheinigung

Herrn/Frau geb. am.

wohnhaft

wird bescheinigt, daß er/sie hier unter der Steuernummer zur Einkommensteuer veranlagt wird.

Aufgrund des/der vorgelegten Vertrages/Verträge,

Prod.-Nr vom

der zwischen ihm/ihr und

.....

über die Tätigkeit als

geschlossen wurde, werden die Honorareinnahmen unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs als

Einkünfte aus selbständiger Arbeit i.S. des § 18 EStG*)

Einkünfte aus Gewerbebetrieb i.S. des § 15 EStG*)

behandelt.

Die Unternehmereigenschaft im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist gegeben. Die Regelung des § 19 Abs. 1 UStG wird - nicht*) - in Anspruch genommen.

Im Auftrag

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Rundfunk, Fernsehen, Wiederholungshonorare: Ob Wiederholungshonorare und Erlösbeteiligungen, die für die nochmalige Ausstrahlung von Hörfunk- oder Fernsehproduktionen an sog. freie Mitarbeiter gezahlt werden, Arbeitslohn und nicht etwa Einnahmen aus selbständiger Arbeit sind, ist ernstlich zweifelhaft auch dann, wenn es sich bei den Ersthonoraren um Arbeitslohn gehandelt hat. - Es bestehen ernstliche Zweifel, ob die Inanspruchnahme des Arbeitgebers als Haftungsschuldner anstelle der Inanspruchnahme der einzelnen Arbeitnehmer auch dann noch ermessensfehlerfrei ist, wenn der Verwaltungsaufwand, der dem Arbeitgeber bei der Einbehaltung der Lohnsteuer von solchen Arbeitnehmern entstünde, die nicht mehr in seinen Diensten stehen, deutlich höher wäre, als es die Versendung einer Kontrollmitteilung für die Finanzverwaltung wäre. - UrT.; BFH 19.7.1995, VI B 28/95 (NV); SIS 95 24 03

BFH 19.7.1995, VI B 28/95 (NV)
Rundfunk, Fernsehen, Wiederholungshonorare
§§: [EStG] § 18, § 19, § 42 d Abs. 1 und Abs. 3
[FGO] § 69 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3
[AO 1977] § 162
[UrhG] §§ 73 ff.
SIS 95 24 03
BFH/NV 1996 S. 32

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Ausländische Künstler, beschränkte Steuerpflicht: Zusätzlich zu seinem Einführungsschreiben vom 15.1.1996 (IV B 6 - S 2369 - 42/95 = SIS 96 05 49) hat das Bundesfinanzministerium eine erläuternde Darstellung des alten und neuen Rechts zur steuerlichen Behandlung beschränkt steuerpflichtiger Künstler ab 1.1.1996 herausgegeben. - Verw.; BMF 1.12.1995, IV B 4 - S 2303 - 135/95; LEXinform-Nr. 0131245; SIS 96 05 48

BMF 1.12.1995, IV B 4 - S 2303 - 135/95
Ausländische Künstler, beschränkte Steuerpflicht
§§: [EStG] § 50 a Abs. 4
SIS 96 05 48
StEd 1996 S. 84
LEXinform-Nr. 0131245

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Ausländische Künstler, beschränkte Steuerpflicht: Im Hinblick darauf, daß ab 1996 die Einkünfte der beschränkt einkommensteuerpflichtigen Künstler aus nichtselbständiger Arbeit nicht mehr der Abzugssteuer (§ 50 a Abs. 4 EStG), sondern der Lohnsteuer unterliegen, hat das Bundesfinanzministerium ein Schreiben zum Lohnsteuerabzug in diesen Fällen herausgegeben (1. Abgrenzung der nichtselbständigen Arbeit, 2. Steuerabzug vom Arbeitslohn, 3. Erhebung der Lohnsteuer nach den Regelvorschriften, 4. pauschale Erhebung der Lohnsteuer). - Verw.; BMF 15.1.1996, IV B 6 - S 2369 - 42/95; SIS 96 05 49

Beispiele SIS 97 14 82
BMF 15.1.1996, IV B 6 - S 2369 - 42/95
Ausländische Künstler, beschränkte Steuerpflicht
§§: [EStG] § 38
SIS 96 05 49
DStR 1996 S. 181
BStBl 1996 I S. 55

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Künstler, Sportler, Artisten, Abzugsteuer: Das Bundesfinanzministerium hat anlässlich der Änderung der Besteuerung ausländischer Künstler usw. durch das Jahressteuergesetz 1996 ein Schreiben zur Abzugsteuer gem. § 50 a Abs. 4 EStG bei künstlerischen, sportlichen, artistischen oder ähnlichen Darbietungen ab 1.1.1996 herausgegeben. Hierdurch wird das BMF-Schreiben vom 30.5.1995 (BStBl

1995 I S. 337 = SIS 95 15 12) ersetzt. - Verw.; BMF 23.1.1996, IV B 4 - S 2303 - 14/96, BStBI 1996 I S. 89; LEXinform-Nr. 0131336; LEXinform-Nr. 0131338; SIS 96 10 49 (Nur Kopien von 12 Seiten Volltext erhältlich gegen Berechnung)

BMF 23.1.1996, IV B 4 - S 2303 - 14/96
Künstler, Sportler, Artisten, Abzugsteuer
§§: [EStG] § 50 a Abs. 4
SIS 96 10 49
BStBI 1996 I S. 89
LEXinform-Nr. 0131336
LEXinform-Nr. 0131338

SIS 90 24 27 wird 2 mal zitiert in:

Opernsängerin, Gastspielverpflichtung: Bei der Frage, ob eine gastspielverpflichtete Opernsängerin in den Theaterbetrieb eingegliedert und deshalb nichtselbständig oder selbständig tätig ist, ist nicht einseitig auf die Verpflichtung zur Teilnahme an Proben abzustellen (Abgrenzung zum Schreiben des BMF vom 5.10.1990, IV B 6 - S 2332 - 73/90, BStBI 1990 I S. 638 = SIS 90 24 27). - Urt.; BFH 30.5.1996, V R 2/95; LEXinform-Nr. 0136857; SIS 96 20 31

(Nicht-)Anwendung SIS 97 08 30
BFH 30.5.1996, V R 2/95
Opernsängerin, Gastspielverpflichtung
§§: [UStG 1980] § 2 Abs. 1
[LStDV 1990] § 1 Abs. 2
SIS 96 20 31
BStBI 1996 II S. 493
LEXinform-Nr. 0136857

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Musikkapellen: Eine Anweisung der Finanzverwaltung äußert sich zur steuerlichen Behandlung von Musikkapellen, die von Gastwirten, Vereinen, Tanzkreisen usw. engagiert werden. - Verw.; OFD Frankfurt 26.6.1996, S 2240 A - 5 - St II 20; LEXinform-Nr. 0131738; SIS 96 22 61

Umsatzsteuer SIS 97 14 35
OFD Frankfurt 26.6.1996, S 2240 A - 5 - St II 20
Musikkapellen
§§: [EStG] § 15 Abs. 1 Nr. 2
SIS 96 22 61
DStR 1996 S. 1407
LEXinform-Nr. 0131738

SIS 90 24 27 wird 2 mal zitiert in:

Künstler, Selbständigkeit: Nach dem BFH- Urteil vom 30.5.1996 (V R 2/95, BStBI 1996 II S. 493 = SIS 96 20 31) ist bei der Frage, ob eine gastspielverpflichtete Opernsängerin in den Theaterbetrieb eingegliedert und deshalb nichtselbständig oder selbständig tätig ist, das Gesamtbild der Verhältnisse maßgebend; es darf nicht einseitig auf die Verpflichtung zur Teilnahme an Proben abgestellt werden. - Nach Auffassung der Finanzverwaltung kommt der Probenverpflichtung und ihrer Erfüllung bei der Abwägung der für und gegen die Nichtselbständigkeit sprechenden Merkmale für die Annahme der Nichtselbständigkeit weiterhin besondere Bedeutung zu (BMF-Schreiben vom 5.10.1990, BStBI 1990 I S. 638 = SIS 90 24 27, Tz. 1.1.2). - Verw.; FinMin Sachsen 5.3.1997, 34 - S 2332 - 51/14 - 11504, im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden des Bundes und der anderen Länder; SIS 97 08 30

FinMin Sachsen 5.3.1997, 34 - S 2332 - 51/14 - 11504
Künstler, Selbständigkeit
§§: [EStG] § 8 Abs. 1
SIS 97 08 30
DStR 1997 S. 539

FinMin Baden-Württemberg 28.2.1997, 3 - S 2331/3
Künstler, Selbständigkeit
§§: [EStG] § 8 Abs. 1

SIS 97 08 30
StEd 1997 S. 244
LEXinform-Nr. 0138281

OFD München 20.3.1997, S 2355 - 2/20 - St 41
Künstler, Selbständigkeit
§§: [EStG] § 8 Abs. 1
SIS 97 08 30
FR 1997 S. 392

FinMin Brandenburg 12.3.1997, 36 - S 2303 - 2/97
Künstler, Selbständigkeit
§§: [EStG] § 8 Abs. 1
SIS 97 08 30
DB 1997 S. 1009

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Ausländische Einkünfte, Leitfaden: Die OFD Nürnberg hat einen Leitfaden zur Besteuerung ausländischer Einkünfte bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen herausgegeben. - Verw.; OFD Nürnberg 23.12.1998, S 1300 - 124/St 31; SIS 99 16 47

OFD Nürnberg 23.12.1998, S 1300 - 124/St 31
Ausländische Einkünfte, Leitfaden
§§: [EStG] § 1
SIS 99 16 47
StEK EStG § 1 Nr. 67

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Künstler: Mit Schreiben vom 5.10.1990 (IV B 6 - S 2332 - 73/90, BStBl 1990 I S. 638 = SIS 90 24 27) hat der BMF zur Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und nichtselbständiger Arbeit bei Künstlern und verwandten Berufen Stellung genommen. Die dort aufgeführten Abgrenzungsmerkmale gelten auch für die Prüfung der Unternehmereigenschaft dieser Personen. - Verw.; OFD Hannover 23.7.1991, S 7104 - 216 - StH 542/S 7104 - 123 StO 532; SIS 92 01 18 (Leitsatz = Volltext, deshalb keine weitere Information erhältlich)

OFD Hannover 23.7.1991, S 7104 - 216 - StH 542/S 7104 - 123 - StO 532
Künstler
SIS 92 01 18
UR 1991 S. 358

SIS 90 24 27 wird 1 mal zitiert in:

Rundfunkanstalten, Wiederholungshonorare: Nach Tz 1.5 des BMF-Schreibens zum Steuerabzug vom Arbeitslohn bei unbeschränkt einkommensteuer-(lohnsteuer-)pflichtigen Künstlern und verwandten Berufen vom 5.10.1990 (BStBl 1990 I S. 638 = SIS 90 24 27) sind Wiederholungshonorare als Arbeitslohn zu erfassen, wenn auch das Ersthonorar dem Arbeitslohn zugeordnet worden ist. - Nach dem BFH-Urteil vom 6.3.1995 (VI R 63/94, BStBl 1995 II S. 471 = SIS 95 13 29) sind Wiederholungshonorare als Einnahmen aus selbständiger Arbeit zu behandeln, falls die Leistungsschutzrechte des Arbeitnehmers nicht bereits aufgrund des Arbeitsvertrages auf den Arbeitgeber übergegangen und die Höhe der jeweiligen Vergütungen in gesonderten Vereinbarungen festgelegt worden sind. - Verw.; OFD Nürnberg 23.6.1997, S 2355 - 2/19 St 41; SIS 97 18 02 (Leitsatz = Volltext, deshalb keine weitere Information erhältlich)

OFD Nürnberg 23.6.1997, S 2355 - 2/19 St 41
Rundfunkanstalten, Wiederholungshonorare
§§: [EStG] § 18, § 19
SIS 97 18 02
DB 1997 S. 1492